

N I E D E R S C H R I F T

zur 35.Sitzung der Gemeindevertretung der Legislaturperiode 2006-2011

am Donnerstag, den 06.05.2010.

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr

Sitzungsende: 22:20 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Heijo Hoß, Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel, Christina Krantz, Manfred Möller, Rainer Pfeffer, Hilmar Stahl, Alexander Steiß, Elisabeth Wege

SPD-Fraktion

Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Werner Knobloch, Kurt Barth, Brunhilde Born (bis 20.40 Uhr), Doris Knobloch, Siegfried Koch, Barbara Muzzolini, Hans-Herbert Pletsch, Jürgen Rabenau, Reiner Sauer

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Reinhard Ahrens

FDP-Fraktion

Christian Fischer, Gunter Heuser (ab 20.12 Uhr bis 21.03 Uhr)

Fraktion Freie Bürgerliste Weimar

Hans Jakob Heuser, Hans-Heinrich Schmidt, Helle Grün, Winfried Laucht

Fraktionslos

Lothar Potthoff

Entschuldigt:

Von der CDU-Fraktion

Konrad Ammenhäuser

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Ansgar Kraiker

Anwesende des Gemeindevorstandes:

Stephan Bug, I. Beigeordneter, Helmut Paulsen, Kurt Wenz, Reinhard Karber, Dagmar Kemmerling, Helge Fuhr, Frank Dieffenbach, Helmut Wenz, Karl-Heinz Kraft, Otto Weimar

Entschuldigt fehlte:

Bürgermeister Volker Muth, Thomas Nuhn

Schriftführerin:

Rita Rohrbach

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Bericht aus dem Gemeindevorstand;
Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 3. Bericht der Jugendpflege für das Jahr 2009
50/1/2010/2006-2011**
- 4. 1. 32. Änderung des Flächennutzungsplanes im OT Oberweimar und im
Parallelverfahren
2. Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 07.6
"Ruheforst Germershausen / Dunkler Wald" Ortsteil Oberweimar
40/1/2010/06-11**
- 5. Antrag hinsichtlich Übergabe der innerörtlichen Abwasseranlagen an einen
Zweckverband
11/6/2010/06-11**
- 6. III. Änderungssatzung zur Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung;
hier: Erhöhung der Abwassergebühren
10/23/2008/06-11**
- 7. Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2010 auf Aufhebung des Beschlusses
vom 03.09.2009 zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur für Kanu-
und Radfahrer in Roth: Bau einer öffentlichen Sanitäreanlage und Schaffung
von Parkmöglichkeiten
60/4/2010/06-11**
- 8. Gemeindeentwicklung;
1. Förderrichtlinien zur Nutzung von Gebäudeleerstand und Baulücken in der
Gemeinde Weimar (Lahn);
2. Einrichtung eines Leerstandsregisters und eines Fachbeirates zur
Abschwächung der Auswirkungen des demografischen Wandels;
3. "Standortkonzept Gemeinde Weimar (Lahn)" der ADSM Marketing und
Kommunikation
11/13/2010/06-11**
- 9. Prüfung zur Veräußerung von nicht betriebsnotwendigen Liegenschaften
hier: Wohnhaus in Niederwalgern, Schulstraße 12 und in Wenkbach,
Dorfstraße 10
20/3/2010/06-11 1. Ergänzung**
- 10. Renovierung und Ausstattung eines Vereinsheimes in der Gemeinde Weimar
(Lahn) hier.: Antrag des Vereines auf Gewährung eines Zuschusses
31/4/2010/06-11**
- 11. Erstellung eines Energiekonzeptes für die Gemeinde Weimar (Lahn)
60/5/2010/06-11 1. Ergänzung**
- 12. Vermietung der Dachflächen der Gemeinde Weimar
60/6/2010/06-11**
- 13. Maßnahmenvorschläge zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie Struktur /
Durchgängigkeit: Maßnahmen für die Gemeinde Weimar
60/7/2010/06-11**

14. **Antrag der Freien Bürgerliste Weimar vom 19.04.2010 auf Neukalkulation der Abfallgebühren**
11/14/2010/06-11
15. **Antrag der Freien Bürgerliste Weimar vom 13.04.2010 auf Umbuchung der Kosten (185.000 Euro) der Kanalerweiterung im Ortsteil Roth in der Wolfshäuser Straße**
10/8/2010/06-11
16. **Anfragen**
17. **Verschiedenes**

Inhalt der Verhandlungen:

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Heijo Hoß, eröffnete um 20.00 Uhr die Gemeindevertreterversammlung, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, den I. Beigeordneten, Herrn Stefan Bug, die Schriftführerin, die Mitglieder der Gemeindevertretung, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Gäste.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde.

Von 31 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern seien 28 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig sei.

Sodann erhielt der I. Beigeordnete, Herr Bug, das Wort. Herr Bug erklärte, dass der Gemeindevorstand bitte, den Tagesordnungspunkt 11 „Beauftragung der erforderlichen Objekt- und Höhenplanung zur geplanten Ortsrandgestaltung in Wolfshausen“ von der Tagesordnung zu nehmen. Der Gemeindevorstand habe hier bereits einen Beschluss gefasst, da noch Haushaltsmittel vorhanden waren und die überplanmäßige Ausgabe unter 10.000,-- € lag, so dass die Zuständigkeit des Gemeindevorstandes gegeben war.

Zu Tagesordnungspunkt 9 (Prüfung zur Veräußerung von nicht betriebsnotwendigen Liegenschaften; hier: Wohnhaus in Niederwalgern, Schulstraße 12, und in Wenkbach, Dorfstraße 10) erklärte Herr Bug, dass eine Tischvorlage vorliege, die er bat, als Beratungsgrundlage zu nehmen.

Beschluss

Die Änderung des Tagesordnungspunktes wird einstimmig genehmigt. Somit rücken die folgenden Tagesordnungspunkte um eine Ziffer zurück.

Der Vorsitzende gratulierte den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern Lydia Schneider, Helmut Wenz, Manfred Möller und Stefan Wenz nachträglich zum Geburtstag im Namen der Gemeindevertretung.

2. **Bericht aus dem Gemeindevorstand;
Mitteilungen des Bürgermeisters**

- a) Beschluss, die Elektroarbeiten für den Kindergarten Niederwalgern an die Fa. DHZ Elektro-Service in Höhe von 8.675,68 € zu erteilen.
- b) Beschluss, mit der Einführung der Testphase des Bürgerbusses zum 01.09.2010 zu beginnen.
- c) Beschluss, dass Herrn Bürgermeister Muth die Ausübung der Nebentätigkeit als ehrenamtlich bestellter Betreuer nach dem Betreuungsgesetz genehmigt wird.
- d) Beschluss, der FA. KPR druckpunkt GmbH, die Druckerarbeiten zur Erstellung der Chronik „1200 Jahre Allna“ im Rahmen der Dorferneuerung zum Preis von 3.549,90 € + MwSt zu vergeben.
- e) Beschluss, die Abmauerarbeiten der Heizkörpernischen im Kindergarten Niederwalgern der Fa. Claar in Höhe von brutto 1.511,30 € zu erteilen.
- f) Beschluss, den vorliegenden Vertragsentwurf zur Einrichtung eines RuheForstes zwischen der RuheForst GmbH, der Gemeinde Weimar und Frau Cary von Heyd Wolff abzuschließen.
- g) Beschluss, dem Antrag des MSC Lahnberge auf Genehmigung einer Motorsportveranstaltung am 25. u. 26.09.2010 zuzustimmen.
- h) Beschluss über Ablehnung des Antrages der Fa.K2-MusicService Philipp Kranz, Lohra, zur Durchführung eines Discoabends im Bürgerhaus Niederweimar.

3. Bericht der Jugendpflege für das Jahr 2009

Drucksache: 50/1/2010/2006-2011

Die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport, Frau Schneider, erklärte, dass aufgrund von missverständlichen Informationen letztendlich die Beschlussfähigkeit bei Eröffnung der Sitzung nicht gegeben war, so dass keine Beratung stattfinden konnte. Insofern rügte sie die Wiedergabe in der Presse, wonach der Sachverhalt so dargestellt wurde, als ob Mitglieder des Ausschusses kein Interesse an der Mitarbeit hätten. Darüber hinaus habe man der Presse entnehmen können, dass Mitglieder der Gemeindevertretung geäußert hätten, dass man diesen Ausschuss nicht benötige. Sollte jemand diese Meinung vertreten, so wünsche sie sich die direkte Ansprache.

Bezüglich des Jugendpflegeberichts schlug sie vor, ihn in der nächsten Ausschusssitzung unter Anwesenheit von Mitgliedern des Gemeindevorstandes und des Jugendpflegers, Herrn Ott, zu beraten und dann auf die Tagesordnung für die nächste Gemeindevertreterversammlung zu nehmen.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt

4. 1. 32. Änderung des Flächennutzungsplanes im OT Oberweimar und im Parallelverfahren

2. Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 07.6 "Ruheforst Germershausen / Dunkler Wald" Ortsteil Oberweimar

Drucksache: 40/1/2010/06-11

Der stellvertretende Vorsitzende des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses, Herr Stahl, berichtete wie folgt:

Der Ausschuss habe in seiner Sitzung am 27.04.2010 über die Angelegenheit beraten. Bereits im Vorfeld hätten sich alle Fraktionen positiv über die Einrichtung eines Bestattungswaldes ausgesprochen.

Der Bauausschuss habe daher ohne weitere Diskussion eine Beschlussempfehlung gefasst, die er im Wortlaut bekannt gab:

Die Fraktionen FBW, Grünen und FDP sprachen sich noch einmal ausdrücklich positiv darüber aus, dass dieses langerwierige Verfahren nun in die Umsetzung gehen könne.

Herr Hans J. Heuser (FBW) monierte die Qualität des abgedruckten und der Vorlage beigefügten Lageplanes, der nur andeutungsweise die in Anspruch zu nehmende Fläche kenntlich mache.

Beschluss:

1. Die Gemeindevertretung beschließt die 32. Änderung des Flächennutzungsplanes im OT Oberweimar

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

2. Die Gemeindevertretung beschließt im Parallelverfahren die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 07.6 „Dunkler Wald“ im OT Oberweimar.

Beratungsergebnis: Einstimmig

5. **Antrag hinsichtlich Übergabe der innerörtlichen Abwasseranlagen an einen Zweckverband**
Drucksache: 11/6/2010/06-11

Auf Vorschlag des Vorsitzenden des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herrn Steiß, einigten sich die Mitglieder des Parlamentes darauf, die Tagesordnungspunkte 5 und 6 gemeinsam zu beraten.

Siehe Top. 6.

6. **III. Änderungssatzung zur Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung; hier: Erhöhung der Abwassergebühren**
Drucksache: 10/23/2008/06-11

Der Vorsitzende des HFWA berichtete, dass die Beratung im Ausschuss beide Tagesordnungspunkte umfasste. Bürgermeister Muth habe berichtet, dass nicht nur der Abwasserverband Marburg, sondern auch der Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke Interesse an einer Übernahme hätte. Das noch vorzulegende Angebot dieses Verbandes solle nach Meinung des Ausschusses zunächst abgewartet werden. Einigkeit bestand darüber, so Herr Steiß, dass es

bis Ende Juni ggf. in einer entsprechenden Sondersitzung zu einer Entscheidung komme, da der entsprechende Ankündigungsbeschluss für eine etwaige Erhöhung der Abwassergebühren nur bis 30.06.2010 Gültigkeit habe.

Ein Grundsatzbeschluss bezüglich einer etwaigen Kanalveräußerung sei nicht gefasst worden. Weitere offene Fragen sollten von den Fraktionen direkt an die Verwaltung gerichtet werden im Hinblick auf eine abschließende Beratung.

Im Ausschuss habe Einigkeit darüber bestanden, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Diskussion über die Erhöhung der Abwassergebühr nicht sinnvoll sei. Der Ausschuss empfehle daher, die beiden Tagesordnungspunkte 5 und 6 zurückzustellen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Heijo Hoß, ergänzte, dass diese beiden Tagesordnungspunkte dann Gegenstand in der anzuberaumenden Sondersitzung sein werden.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

7. Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2010 auf Aufhebung des Beschlusses vom 03.09.2009 zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur für Kanu- und Radfahrer in Roth: Bau einer öffentlichen Sanitäreanlage und Schaffung von Parkmöglichkeiten

Drucksache: 60/4/2010/06-11

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Heijo Hoß, legte seinen Vorsitz nieder, da er unter Umständen für die CDU-Fraktion eine Aussage tätigen wolle. Es übernahm für diesen Tagesordnungspunkt stellvertretend Herr Werner Knobloch den Vorsitz.

Der Vorsitzende des HFWA, Herr Steiß, berichtete, dass Herr Dr. Dittrich im Ausschuss für die antragstellende Fraktion den Antrag begründet habe.

Im Ausschuss sei diskutiert worden über die Möglichkeit der Erbringung von Eigenleistungen, insbesondere bezüglich der Parkplatzerstellung. Während zum einen dafür geworben wurde, auf eine Bescheidung des gestellten Förderantrages zu warten, so Herr Steiß, sei andererseits zu bedenken gegeben worden, dass inzwischen deutlich geworden sei, dass sogar anderweitige energetische Sanierungen nicht finanzierbar seien.

Der Ausschuss habe den Antrag der CDU-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass ein Toilettenanbau an das Rother Bürgerhaus in finanziell sorglosen Zeiten eine schöne Sache für die Kanutouristen gewesen wäre. Man wolle nun mindestens 80.000,-- € Eigenmittel der Gemeinde aufbringen, um letztlich Einzelinteressen zu bedienen. Man hätte in Verantwortung für die nächste Generation nicht immer weitere Schulden zu machen, so Frau Schneider weiter, sondern sich auf das notwendige zu beschränken und vor allem Vorsorge für den Fortbestand des sozialen Netzes und der gemeindlichen Einrichtungen zu treffen. Für diese Aussage werde man jetzt hier und dort als „selbsternannter Retter der Kommune“ betitelt. Schon jetzt wüssten die Bürgerinnen und Bürger, dass das hohe Niveau an Infrastruktur und

Leistungen längst an seine Grenzen gestoßen sei. Natürlich sei es einfach, mit immer neuen Schulden Wohltaten zu verteilen, aber letztendlich zahlten die Bürgerinnen und Bürger die Rechnung mit immer weiter steigenden Steuern und Abgaben.

Wirklich zukunftsfähige Projekte, wie die Zeiteninsel in Argenstein, können und werden sich zum Publikumsmagneten entwickeln und sollten Bestandteil eines touristischen Gesamtpaketes werden. Daher sei nach ihrer Meinung ein Rückzieher zur rechten Zeit ein durchaus vertretbarer Schritt. Auch im Hinblick auf Kommunen mit Projekten, die diese Fördergelder verwenden können und wollen, sollte das Parlament jetzt entscheiden.

Auch seien die faszinierenden Fördergelder aus EU-Töpfen Geld, das Weimarer Bürgerinnen und Bürger mit aufbringen müssten.

Die Parkplatzerweiterung sollte losgelöst vom Toilettenanbau realisiert werden, wie es hier versprochen wurde. Das diene allen Rothern, ihren Gästen und auch der Verkehrssicherheit.

Herr Laucht (FBW) erklärte, dass seine Fraktion sich nach der enthaltenden Abstimmung im Ausschuss erneut intensiv mit der Angelegenheit befasst habe.

Die Situation, so Herr Laucht, sei sicherlich so zu bezeichnen, dass Toiletten eventuell, Parkplätze aber ganz sicherlich notwendig seien. Der Maßnahme stehe jedoch die unbefriedigende Haushaltssituation gegenüber, die in ihrer Gesamtheit zum Zeitpunkt der Beschlussfassung so konkret noch nicht erkennbar war. Energetische Maßnahmen an öffentlichen Einrichtungen, wie die Bürgerhäuser Wenkbach und Oberweimar, seien aus finanziellen Gründen zurückgestellt worden. Auch sei der sicherlich in absehbarer Zeit notwendig werdende Austausch von mehreren Heizungsanlagen in öffentlichen Gebäuden notwendig. Mit der wahrscheinlich werdenden Anhebung der Kreisumlage stünden, neben den eigenen Maßnahmen, weitere finanzielle Aufwendungen bevor.

Darüber hinaus werde aus Sicht seiner Fraktion das Bürgerhaus Roth durch einen Anbau optisch beeinträchtigt.

Aus Meinung seiner Fraktion sei es fair, anderen Kommunen gegenüber, nicht abrufbare Fördergelder zurückzugeben, da aus heutiger Sicht nach einer Bewilligung eine Ablehnung eher wahrscheinlich sein werde.

Seine Fraktion unterstütze daher den Antrag der CDU-Fraktion und nehme diese bezüglich der Herstellung eines Parkplatzes in Eigenleistung beim Wort.

Herr Fischer (FDP) erklärte, seine Fraktion spreche sich gegen den Antrag der CDU-Fraktion aus. Er verwies auf die Darlegungen seiner Fraktion im Ausschuss und erklärte weiter, dass die Bedenken sicherlich teilweise berechtigt seien. Seine Fraktion sehe es aber als unschädlich, den Antrag bis zur Bescheiderteilung weiterlaufen zu lassen. Sicherlich hätte eine Zustimmung zum Antrag der CDU und damit eine Rücknahme des Förderantrages Signalwirkung, jedoch keine weiteren Folgen. Seine Fraktion werde daher gegen diesen Antrag stimmen.

Herr Hoß (CDU) erklärte für seine Fraktion, dass man selbstverständlich zu der

Aussage bezüglich der Erbringung von Eigenleistungen im Hinblick auf die Auskoffierung des Geländes stehe, nachdem Baurecht geschaffen wurde. Notwendig werdendes Material müsse von der Gemeinde beschafft und finanziert werden. Bei der Durchführung der Maßnahme sei man natürlich froh über jede helfende Hand aus dem Ortsteil.

Herr Stephan Wenz (SPD) verwies auf die Meinung seiner Fraktion im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss. Sie sehe keine Notwendigkeit, den Förderantrag jetzt zu stoppen und werde daher dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen.

Bezüglich notwendig werdender Eigenleistungen sei er sicher, dass zahlreiche Unterstützung kommen werde.

Herr Sauer (SPD) meinte, dass man in der Region Marburger Land das Verhalten der Weimarer Parlamentarier, was Förderanträge anbelange, sehr genau beobachten werde. Er befürchte, dass es bei einer Rücknahme des ursprünglichen Förderantrages zukünftig schwer sein werde, erneut Anträge stellen zu können. Andere Kommunen und die Stadt Marburg würden sicherlich erfreut zur Kenntnis nehmen, dass hier Gelder für sie frei würden. Auch im OT Roth, so sei sein Empfinden, reagiere man mit Kopfschütteln auf diesen Rücknahmeantrag, denn bei größeren Veranstaltungen im Bürgerhaus zeige sich sehr deutlich, dass sowohl die Toilettenanlage als auch die Parkplätze nicht ausreichend seien.

Herr Hoß (CDU) ergänzte, dass es natürlich positiv sei, Fördergelder zu bekommen. Wenn sich nun eine andere Kommune in diesen Fördertopf einkaufen könne, weil sie finanziell in der Lage sei, eine Maßnahme durchzuführen, dann sollte man dieser Kommune die Möglichkeit geben. Sofern sich die finanzielle Situation in der eigenen Gemeinde verbessere, sei die Diskussionsgrundlage wiederum eine andere.

Herr Potthoff (parteilos) erinnerte daran, dass man bereits bei der Einbringung dieses Antrages intensiv und teilweise kontrovers diskutiert habe mit dem Ergebnis eines Finanzierungsvorbehaltes. Damals sei die dramatische Situation der Gemeindefinanzen nicht komplett bekannt gewesen. Auch sei von ihm die Meinung vertreten worden, dass man auch als Kommune sehr genau prüfen und überlegen müsse, wenn man öffentliche Gelder in die Hand nehme zur Unterstützung eines privaten Betreibers von Freizeitsport, ohne diesen privaten Unternehmer finanziell zu beteiligen. Diese Überlegung stehe für ihn nach wie vor an erster Stelle, besonders im Hinblick auf die kenntlich gewordene finanzielle Situation der Gemeinde. Wenn man auf der einen Seite sehr dringende Maßnahmen zu bewerkstelligen habe und auf der anderen Seite wisse, dass sich die finanzielle Situation der Kommune nicht verbessern werde, sollte man den Förderantrag jetzt stoppen, um nicht noch weitere Kosten, z.B. für Planung etc., entstehen zu lassen.

Herr Stephan Wenz (SPD) führte aus, dass man auch eine Überlegung dahingehend anstellen sollte, dass immer mehr Menschen Urlaub in Deutschland machen und da gelte es, attraktive Angebote zu unterbreiten.

Herr Barth (SPD) wunderte sich über die Aussage, dass auch Weimarer Bürger in diese Fördertöpfe einzahlten, warum sie andererseits nicht auch Mittel hieraus

beantragen sollten. Fest stehe, dass bei Großveranstaltungen die angebotenen Toiletten nicht ausreichend seien. Nun bestehe die Möglichkeit einer Erweiterung mit Fördermitteln. Dies sei nicht Unterstützung eines privaten Unternehmens, sondern Unterstützung der Bürger. Ob dieser Förderzuschuss bewilligt werde, sei ja noch offen. Zumindest sollte man jetzt nicht das Antragsverfahren unterbrechen.

Herr Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass er zunächst seine Zustimmung zu diesem ursprünglichen Antrag gegeben habe. Auch damals sei bekannt gewesen, dass die finanzielle Situation der Gemeinde, wie auch in den Jahren zuvor, bedenklich sei. Insofern bestehe keine neue Situation. Dass die Gemeinde eine Reihe anderer wichtiger Pflichtaufgaben zu erledigen habe, neben einer Maßnahme zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur, sei bereits zum Zeitpunkt der ursprünglichen Beschlussfassung bekannt gewesen. Er zeige daher Unverständnis für die jetzige intensive Diskussion, zumal das Parlament über ganz andere, wichtige Entscheidungen, wie z.B. die Veräußerung von Liegenschaften, zu entscheiden habe und von dem Erlös die Maßnahmen finanziert werden könne. Er teile zwar grundsätzlich die Bedenken, sicher sei der Kindergarten Niederwalgern renovierungsbedürftig und die Haushaltslage prekär. Nur seien diese Probleme bereits bei der ursprünglichen Beschlussfassung bekannt gewesen. Er sehe sich daher außerstande, seine ursprüngliche Zustimmung zurückzunehmen und werde sich daher bei der Beschlussfassung enthalten.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Aufhebung des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 03.09.2009 zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur für Kanu- und Radfahrer in Roth: Bau einer öffentlichen Sanitäranlage und Schaffung von Parkmöglichkeiten.

Beratungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 12 Gegenstimmen, 1 Stimmenthaltung

8.

Gemeindeentwicklung;

1. Förderrichtlinien zur Nutzung von Gebäudeleerstand und Baulücken in der Gemeinde Weimar (Lahn);

2. Einrichtung eines Leerstandsregisters und eines Fachbeirates zur Abschwächung der Auswirkungen des demografischen Wandels;

3. "Standortkonzept Gemeinde Weimar (Lahn)" der ADSM Marketing und Kommunikation

Drucksache: 11/13/2010/06-11

Der I. Beigeordnete, Herr Bug, erklärte, dass der Gemeindevorstand alle 3 Punkte der Beschlussvorlage zusammengefasst, besprochen und der Gemeindevertretung vorlege, damit dort eine Grundsatzentscheidung getroffen werden könne, in welche Richtung die Umsetzung der 3 Punkte als Gemeindeentwicklung zusammengefasst diskutiert werden sollte. Herr Bug verwies in diesem Zusammenhang auf die Informationsveranstaltung, in der ein Standortkonzept vorgestellt wurde und wofür ein Betrag von ca. 56.000,-- € zu veranschlagen sei. Auch die Erstellung eines Leerstandsregisters von Seiten eines Planungsbüros solle ca. 39.000,-- € kosten. Der 3. Punkt seien Förderrichtlinien gewesen, Leerstände in den einzelnen Ortsteilen zu erfassen und einer veränderten Nutzung zuzuführen.

Die Überlegung des Gemeindevorstandes sei gewesen, dass die

Gemeindevertretung festlege, welchen Weg sie beschreiten wolle, um die Gemeinde als zukunftsfähig zu erhalten.

Herr Hans J. Heuser (FBW), Reiner Sauer (SPD) und Herr Lothar Potthoff (fraktionslos) sprachen sich dafür aus, dass dieses umfangreiche Thema nicht ohne intensive Diskussion im Ausschuss und mit benötigtem Fachpersonal, sprich Fachinformationen, beschlossen werden könne. Die Überweisung in den Ausschuss sei daher notwendig.

Herr Potthoff (fraktionslos) ergänzte, dass nach seinem Dafürhalten im Vorfeld nicht ausreichend recherchiert wurde. So seien z.B. in der Gemeinde Ebsdorfergrund zumindest Teile eines solchen Antrages bereits bearbeitet worden. Darüber hinaus stelle sich natürlich die Frage, inwieweit diese Arbeiten bezuschussungsfähig seien. Zumindest würden diese Informationen benötigt für die Beratung in den zuständigen Ausschüssen.

Der I. Beigeordnete, Herr Bug, führte hierzu aus, dass die Verwaltung sehr intensiv bemüht gewesen sei, Büros zu finden, die diese Arbeiten anbieten. Derzeit liege nur das Angebot eines Büros vor, andere Büros böten keine vergleichbare Leistung an.

Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) sprach sich ebenfalls für eine Diskussion in den zuständigen Ausschüssen aus. In Erinnerung an den Vortrag des Büros erklärte Frau Schneider, dass hier an erster Stelle die Bürgerbeteiligung gestanden habe. Diesbezüglich müsse die Verwaltung noch tätig werden, da die Projekte nicht erfolversprechend seien, wenn die Bürger Maßnahmen übergestülpt bekämen. Weiterhin müsse ein kontinuierlich angelegter Weg beschritten werden. Im Übrigen halte sie die Veröffentlichung der Daten, in welchen Gebäuden Personen wohnen, die 70 Jahre und älter seien, aus Datenschutzgründen für bedenklich.

Sicher werde die Gemeinde nicht einen Betrag von 100.000,-- € ausgeben. Hier müsse nach ihrer Meinung ein anderer Prozess in Gang gebracht werden, der auch von den Bürgern getragen werde. Es gäbe Beispiele in vielen Gemeinden, die ähnlich strukturiert seien. Nach ihrer Meinung müsse das nicht von einem Ingenieurbüro in vollem Umfang erledigt werden. Anregungen könne man sich auch anderweitig zugänglich machen.

Auch von Herrn Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) wurden die Bedenken von Frau Schneider bezüglich der Öffentlichmachung von hausinternen Daten mit gemeldeten Einwohnern als sehr bedenklich angesehen. Darüber hinaus fehlten ihm die daraus zu nehmenden Folgerungen. Ob das bedeute, dass diese Objekte in relativ naher Zukunft leer stehen würden. Dies sollte auch Diskussionsthema in den Ausschüssen sein.

Herr Bug, I. Beigeordneter, erklärte, dass sicher nicht in jedem Fall daraus ein zukünftiger Leerstand gefolgert werden könne, jedoch sei es wichtig, hinzuschauen, wie die Entwicklung sein könnte.

Herr Fischer (FDP) erklärte für seine Fraktion, dass dieses Thema in die Ausschüsse gehöre. Selbstverständlich gehöre auch das Problem „Leerstand“ zu dem Thema „demografischer Wandel“ als unabdingbarer Bestandteil.

In diesem Zusammenhang wolle er auch noch mal das Thema „Interkommunale Zusammenarbeit“ ansprechen, denn, wenn solche Themen und Probleme zu diskutieren und anzupacken seien, sollte man durchaus mit den Nachbarkommunen diesbezüglich Kontakt aufnehmen.

Herr Stephan Wenz (SPD) verwies in diesem Zusammenhang noch einmal auf die gegründete Arbeitsgruppe 2020, aus der sich nach seinem Bedauern einige Fraktionen zurückgezogen hätten. Diese Arbeitsgruppe hatte sich bereits mit dieser Thematik zu befassen, und er hätte es für positiv gehalten, wenn man daran jetzt hätte anknüpfen können bzw. man hätte bereits erste Ergebnisse erarbeitet. Nach seinem Dafürhalten sei es nicht möglich, ohne fachliche Hilfe das Thema, das ja zielführend für das kommende Jahrzehnt sein solle, zu bewerkstelligen.

Herr Rabenau (SPD) bekräftigte die Aussagen seines Vorredners bezüglich der Arbeitsgruppe 2020 und führte weiter aus, dass er sich gewünscht hätte, dass bei der Veranstaltung der Firma ADSM Marketing eine höhere Beteiligung durch Parlamentarier vorhanden gewesen wäre. Er wünsche sich, künftig nicht an erster Stelle auf die finanziellen Mittel zu schauen, sondern darauf, welche Konzepte entwickelt werden müssen. Nach seinem Dafürhalten und dem offenbar vorhandenen Diskussionsbedarf sollte die Angelegenheit in allen 3 Ausschüssen beraten werden.

Dr. Dittrich (CDU) vertrat die Auffassung, dass die Leerstandsprobleme überwiegend in den alten Ortskernen lägen. Anhand der Pläne ließe sich jedoch feststellen, dass die Probleme der betroffenen, rot markierten Gebäude, bei den jüngeren Gebäuden lägen. Hier würden die Eigentümer der Probleme jedoch alleine lösen können ohne Hilfe der Gemeinde.

Herr Laucht (FBW) verwies auf § 30 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung, der beinhalte, dass, wenn Diskussionsbedarf in mehreren Ausschüssen bestehe, das Parlament einen Ausschuss als federführend bestimmen könne. In diesem Fall sei das der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss. Es sei festgelegt, dass die anderen Ausschüsse ihre Stellungnahmen schriftlich in angemessener Frist dem federführenden Ausschuss zu übermitteln hätten.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, diesen Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung an die Ausschüsse zu überweisen, den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss als federführenden Ausschuss zu benennen und nach § 30 der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung zu verfahren.

Beratungsergebnis: Einstimmig

9. Prüfung zur Veräußerung von nicht betriebsnotwendigen Liegenschaften hier: Wohnhaus in Niederwalgern, Schulstraße 12 und in Wenkbach, Dorfstraße 10

Drucksache: 20/3/2010/06-11 1. Ergänzung

Der I. Beigeordnete, Herr Bug, erklärte, dass die erste, mit versendete Vorlage, wonach eine Beratung im Gemeindevorstand am 29.04.2010 erfolgte,

ausgetauscht werden solle gegen die als Tischvorlage verteilte Vorlage. Danach war es Wunsch des Gemeindevorstandes, dass die Gemeindevertretung einen Grundsatzbeschluss fasse bezüglich des Verkaufs der beiden genannten Liegenschaften.

Darüber hinaus falle diese Thematik sowieso in die Zuständigkeit der Gemeindevertretung. Das Thema sei ja bereits mehrfach erörtert worden im Rahmen des Konjunkturpaketes im Haushaltskonsolidierungskonzept. Lediglich ein Beschluss der Gemeindevertretung fehle bisher.

Herr Laucht (FBW) bat, dass bei der Beratung im Ausschuss weitere Informationen bezüglich Mieterträge, Sanierungskosten und Ähnlichem vorliegen.

Herr Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) forderte, dass bei den Beratungen im Ausschuss Informationen darüber vorliegen, welche Funktion die Gebäude derzeit erfüllen. Er denke hier z.B. an Vermietung und die Festlegung von sozialverträglichen Mieten.

Herr Bug, I. Beigeordneter, erklärte hierzu, dass es keine „sozialen Mieten“ mit nötigen Wohnberechtigungsschein oder dergleichen seien, sondern frei vermietete Wohnungen. Darüber hinaus befinde sich das Gemeindearchiv in dem Wohnhaus in Wenkbach.

Herr Jost-Hendrik Kisslinger (CDU) bat, zu den Infos über Mieteinnahmen und Sanierungskosten eventuell vorhandene Abschreibungen mit aufzunehmen. Darüber hinaus wäre es wichtig, neben der Schätzung des Ortsgerichtes auch den Verkehrswert der Gebäude zu kennen.

Herr Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) zeigte sich verwundert über die zusätzliche Information, dass in einem Gebäude das Gemeindearchiv untergebracht sei. Das seien wichtige Informationen, die das Parlament bei seiner Entscheidungsfindung zu berücksichtigen habe, allerdings in der Vorlage nicht enthalten seien.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den vorstehenden Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung an den Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss und an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss als federführenden Ausschuss im Hinblick auf den § 30 der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung zu überweisen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

10. Renovierung und Ausstattung eines Vereinsheimes in der Gemeinde Weimar (Lahn) hier.: Antrag des Vereines auf Gewährung eines Zuschusses

Drucksache: 31/4/2010/06-11

Der I. Beigeordnete, Herr Bug, erklärte, dass der Gemeindevorstand für die Beratung dieses Tagesordnungspunktes nicht zuständig sei, da man hier von einem Zuschussbetrag von über 10.000,-- € ausgehe und somit die Zuständigkeitsgrenze des Gemeindevorstandes überschritten sei.

Herr Hans J. Heuser (FBW) stellte die Frage an Herrn Bug, ob von Seiten des Gemeindevorstandes geprüft wurde, ob die gemeindlichen Vereinsförderungsrichtlinien überhaupt bei diesem Antrag anwendbar seien. Der I. Beigeordnete wies darauf hin, dass der Antrag zur Förderung über die Möglichkeit der Bezuschussung nach den Förderungsrichtlinien hinausgehe und aus diesem Grunde auch eine Entscheidung durch die Gemeindevertretung getroffen werden sollte.

Herr Hans J. Heuser (FBW) erklärte, dass seine Fraktion diesen Antrag nicht unterstützen könne, da Inneneinrichtungsgegenstände für ein Vereinsheim, welches kommerziell genutzt werde, nicht zu bezuschussen sei.

Herr Stephan Wenz (SPD) erklärte für seine Fraktion, dass der Antrag von der Gemeindevertretung zu entscheiden sei, eben aus dem Grund, weil die Vereinsförderungsrichtlinien diese Art von Förderung nicht vorsehen. Er schlage daher vor, die Angelegenheit im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu beraten.

Herr Potthoff (fraktionslos) erklärte, dass neben der oberen Grenze der Entscheidungsbefugnis des Gemeindevorstandes viel wichtiger der Regelungsinhalt der Vereinsförderungsrichtlinien seien. Die beantragte Förderung gehe deutlich über die Regelungen der Förderrichtlinien hinaus. Es sei sicherlich kein Geheimnis, dass es sich hier um das Sportheim am Sportplatz in Roth handle, welches kommerziell genutzt werde. Die Gemeindevertretung sollte hier vor der Entscheidung sehr genau prüfen, ob sie diesem Antrag stattgebe und welche Wirkung das auf andere Vereine habe.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung ließ zunächst über den Antrag auf Überweisung in den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen, 4 Stimmenthaltungen

Damit wurde der Antrag auf Überweisung in den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss abgelehnt.

Herr Potthoff stellte den Antrag auf Sitzungsunterbrechung um 21.15 Uhr.

Um 21.20 Uhr wurde die Sitzung von dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung wieder eröffnet.

Herr Fischer (FDP) erklärte zusammenfassend, dass in der Sitzungsunterbrechung deutlich wurde, dass das Problem darin begründet liege, dass es sich um einen Förderantrag handle, der über die Vereinsförderungsrichtlinien hinausgehe. Es gehe daher um eine grundsätzliche Entscheidung.

Er beantragte daher, die Vorlage an den Gemeindevorstand zurückzugeben mit der Bitte, eine Vorlage einzubringen, die auf das grundsätzliche Problem der Satzungslage abstellt, damit im Ausschuss und im Parlament klar werden könne, ob man grundsätzlich solche Wege gehen wolle.

Herr Dr. Dittrich (CDU) erklärte, dass nach seinem Dafürhalten der Antrag

abzulehnen sei. Die Gemeinde habe geltende Richtlinien, wonach das Ansinnen dieses Vereines nicht förderfähig sei.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den vorliegenden Antrag an den Gemeindevorstand zurückzuüberweisen mit der Maßgabe, die Vereinsförderungsrichtlinien unter Umständen anzupassen und zu klären, ob Bezuschussungen der beantragten Art künftig vorgenommen werden sollen.

Beratungsergebnis: 25 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen, 2 Stimmenthaltungen

Herr Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) bat, eine grundsätzliche Bemerkung bezüglich der Vorlagen abgeben zu dürfen. Er habe festgestellt, dass es seit etwa 2 Jahren verstärkt vorkomme, dass Vorlagen unvollständig und nicht aussagekräftig seien. Er bitte daher dringend den Gemeindevorstand, und an deren Spitze den Bürgermeister, in Zukunft dafür zu sorgen, dass Vorlagen an die Gemeindevertretung so formuliert sind, dass unnötige Diskussionen nicht entstehen und Zurücküberweisungen an den Gemeindevorstand nicht notwendig werden. Dies mache nach außen hin kein gutes Bild und zeuge von einer gewissen Unprofessionalität.

11. Erstellung eines Energiekonzeptes für die Gemeinde Weimar (Lahn)

Drucksache: 60/5/2010/06-11 1. Ergänzung

Herr Bug, I. Beigeordneter, wies darauf hin, dass die Gemeindevertretung den Gemeindevorstand am 06.11.2008 beauftragt habe, ein Energiekonzept zu erstellen. Dem Gemeindevorstand hätten die verschiedenen Angebote vorgelegen und es als schwierig erachtet zu vergleichen, da unterschiedliche Klimaschutzkonzepte dargestellt seien. Der Gemeindevorstand bittet die Gemeindevertretung daher um die Bereitstellung der genannten 95.200,-- € für die Erstellung dieses Klimaschutzkonzeptes.

Herr Fischer (FDP) stellte den Antrag auf Überweisung in den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

Herr Hans J. Heuser (FBW) bat, in der Vorlage deutlich darzustellen, um welche Angebote es sich bei den in der Anlage aufgeführten und nummerierten Angeboten 1 bis 4 handle. Auf welcher Basis beruhen die Angaben, die in der Vorlage aufgenommen wurden. Es stelle sich für ihn weiterhin die Frage, ob das tatsächlich das ist, was die SPD mit ihrem Antrag erreichen wollte und ob nicht in Anbetracht der Kosten für die Erstellung des Konzeptes ein Nutzen gegenübergestellt werden sollte.

Herr Stephan Wenz (SPD) erklärte, dass solche Erkenntnisse, neben denen, die mit dem demographischen Wandel zusammenhängen, für weitere Entscheidungen in der Gemeinde wichtig seien, und die bekomme man nun eben nicht kostenfrei. Bezüglich eventueller Fördermöglichkeiten müssten natürlich noch Informationen nachgeliefert werden. Im Übrigen gehe es hier nicht nur um gemeindliche Liegenschaften, sondern auch Gewerbetreibende und Privatpersonen könnten von diesen Ergebnissen des Energiekonzeptes partizipieren.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den vorstehenden Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

12. Vermietung der Dachflächen der Gemeinde Weimar

Drucksache: 60/6/2010/06-11

Der I. Beigeordnete, Herr Bug, erklärte, dass der Gemeindevorstand den Sachverhalt bereits diskutiert habe und die in der Sachdarstellung vorgesehenen Varianten A, B und C bereits um die Variante B reduzierte habe. Die Gemeindevertretung werde nunmehr gebeten, ein Votum abzugeben, ob die Dachflächen eher vermietet oder selbst für die Erzeugung von Solarstrom zur Verfügung gestellt werden sollen.

Herr Kisslinger (CDU) erinnerte daran, dass im Haushaltssicherungskonzept auch das Thema bezüglich der Vermarktung von Dachflächen aufgegriffen werden sollten. Das Thema sei nun endlich auf der Tagesordnung, allerdings fehlten bei der unter C als Variante vorgesehene Installation von Fotovoltaikanlagen durch die Gemeinde selbst Informationen darüber, welchen Kosten/Nutzen die Gemeinde dadurch habe und ob der Gemeinde aufgrund der desolaten Haushaltssituation entsprechende Kredite genehmigt würden.

Herr Sauer (SPD) erklärte, dass es Sinn mache, die Tagesordnungspunkt 11 und 12 zusammenzufassen und gemeinsam zu beraten, was von Herrn Heuser (FBW) begrüßt wurde.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den vorstehenden Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen und dort gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 11 zu beraten.

Beratungsergebnis: Einstimmig

13. Maßnahmenvorschläge zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie

Struktur / Durchgängigkeit: Maßnahmen für die Gemeinde Weimar

Drucksache: 60/7/2010/06-11

Der I. Beigeordnete, Herr Bug, erklärte, dass diese Vorlage zunächst einmal nur der Gemeindevertretung zur Kenntnis gegeben werden sollte. Es handele sich hierbei um eine Forderung des Landes Hessen. Es werde deutlich, was auf die Kommunen als Mitfinanzierer zukomme.

Herr Hans J. Heuser (FBW) erklärte, dass seine Fraktion die Vorlage zur Kenntnis genommen habe und für ihn in der Forderung des Landes der Tod der kommunalen Selbstverwaltung zu sehen sei.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

14. Antrag der Freien Bürgerliste Weimar vom 19.04.2010 auf Neukalkulation der Abfallgebühren

Drucksache: 11/14/2010/06-11

Herr Laucht stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Weimar möge beschließen:
Sobald die Ergebnisse der laufenden Ausschreibung mittels rechtssicherem Vertrag zur Neuvergabe der Müllabfuhr vorliegen, wird der Gemeindevorstand aufgefordert, eine verlässliche Neukalkulation der Abfallgebühren vorzulegen.

Zur Begründung führte Herr Laucht aus, dass die Rücklage für die Müllentsorgung im Jahre 2010 auf über 350.000,- € angestiegen sei. Nachdem die Ergebnisse der Neuausschreibung vorliegen, soll die Gemeindevertretung rechtzeitig über die neue Gebührenhöhe beraten. Aufgrund der sehr guten Rücklagensituation sollte eine Gebührenreduzierung zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger möglich sein. Der Verwaltung soll genügend Zeit bleiben, die Änderungen zum Jahresanfang 2011 vorzubereiten, damit diese in den Jahresbescheiden berücksichtigt werden können.

Herr Stephan Wenz (SPD) erinnerte daran, dass ja von seiner Fraktion der Antrag auf Senkung der Abfallgebühren zurückgestellt wurde. Er begrüße daher den erneuten Antrag der Freien Bürger, den sie unterstützen werden.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt:
Sobald die Ergebnisse der laufenden Ausschreibung zur Neuvergabe der Müllabfuhr vorliegen, wird der Gemeindevorstand aufgefordert, eine verlässliche Neukalkulation der Abfallgebühren vorzulegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

15. Antrag der Freien Bürgerliste Weimar vom 13.04.2010 auf Umbuchung der Kosten (185.000 Euro) der Kanalerweiterung im Ortsteil Roth in der Wolfshäuser Straße

Drucksache: 10/8/2010/06-11

Herr Hans J. Heuser (FBW) stellte den Antrag seiner Fraktion vor::

Die Freie Bürgerliste Weimar beantragt: Zuführung der Kosten (185.000,- €) der Kanalerweiterung im OT Roth in der Wolfshäuser Straße.

Begründung: Der Gemeindevorstand wird aufgefordert, die Kosten der Kanalerweiterung (185.000,- €) im OT Roth, die laut Gutachten durch den Beschluss des Neubaugebietes „Unterm Hundsrück“ notwendig wurden, der Abwasserrücklage wieder zuzuführen.

Herr Heuser führte weiter aus, dass aufgrund der Arbeit im Akteneinsichtsausschuss festgestellt wurde, dass die Kanalerweiterung notwendig war, da ein Neubaugebiet angeschlossen wurde. So sei es aus dem Gutachten des Planungsbüros ersichtlich gewesen und wurde noch einmal auf Nachfrage bestätigt. Sollten diese Kosten nun nicht zurückgeführt werden, würde das eine Subventionierung eines Neubaugebietes aus dem Portmonee aller

Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler bedeuten.

Herr Stephan Wenz (SPD) erklärte, dass es sich hier um den Anschluss eines Neubaugebietes, also eine Erweiterung des Kanalnetzes handele, in der Örtlichkeit der Wolfshäuser Straße von der Ecke Kurt-Schumacher-Straße bis innerorts der Straßeneinmündung „Am Heier“. Der Akteneinsichtsausschuss habe in seinem Abschlussbericht festgestellt, dass die Maßnahme zwar nicht nötig, aber wirtschaftlich vertretbar war. Seine Fraktion sehe keine Notwendigkeit einer Zuführung dieser verausgabten Kosten an die Abwasserrücklage, zumal sie nicht wisse, wo das Geld herkommen solle. Die Aussage im Gutachten sei nicht eindeutig. Es handele sich hier um eine Sanierungsmaßnahme, eine Kanalerweiterung, die von der Allgemeinheit zu tragen sei.

Herr Kisslinger (CDU) erklärte, dass ja voraussichtlich im Juni noch eine Sondersitzung stattfinden solle, in der sowieso das Thema „Kanäle“ zu diskutieren sei. Er schlage zunächst eine Überweisung der Angelegenheit an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss vor.

Die Bedenken von Herrn Stephan Wenz (SPD), diesen Tagesordnungspunkt in die Sondersitzung der im Juni stattfindenden Gemeindevertretersitzung zu nehmen, wurden von Herrn Heuser (FBW) zurückgewiesen und von Herrn Steiß (CDU) unter Hinweis auf die Bestimmungen der HGO widerlegt.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den vorstehenden Antrag der Freien Bürgerliste Weimar zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

Beratungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 10 Gegenstimmen

16. Anfragen

a) Herr Laucht (FBW):

Die Gemeindevertretung hat Ende Dezember 2008 im Vertrauen auf die Kostenübernahme durch die Landesregierung vorzeitig die Anzahl der Erzieherinnen pro Kindergartengruppe zum Wohle der Kinder und Beschäftigten im Stellenplan erhöht. Aufgrund der jüngsten Beschlüsse der Landesregierung ergebe sich folgende Fragestellung: Offenbar sollen die Mehrkosten für den Betreuungsaufwand nur für Kommunen übernommen werden, bei denen dieser erhöhte Aufwand erst nach dem 01.09.2009 angefallen ist. Wie ist die Situation in der Gemeinde Weimar? Wann hat die Gemeinde den erhöhten Betreuungsschlüssel umgesetzt? Sollte der Mehraufwand der Gemeinde nicht durch das Land übernommen werden, welche finanzielle Mehrbelastung bedeute dies für die Gemeinde?

Der I. Beigeordnete, Herr Bug, antwortete, dass es in der Anfrage lauten müsse, nicht erst ab dem 01.09.2009, sondern die nach dem 01.01.2009 angefallenen Mehrkosten. Dies sei von Herrn Minister Banzer noch mal aktuell bestätigt worden. Alle Tageseinrichtungen, die vor dem 01.01.2009 umgesetzt haben, erhalten keine Förderung. Für alle danach sei eine Förderung zugesagt. Hier sei das Konnexitätsprinzip anerkannt worden. Was allerdings die Höhe angehe, da lägen die Forderungen der Kommunen, die an das Land gerichtet seien und die bereitgestellten Mittel des Landes an die

Kommunen, relativ weit auseinander. Wie die letztendliche Entscheidung aussehen werde, dazu könne er derzeit keine Aussagen machen.

Die Gemeinde habe ihren Anspruch geltend gemacht.

Die Gemeinde habe eingestellt zum 01.09.2009, bis auf eine Erzieherin, diese konnte erst zum 21.09.2009 eingestellt werden. Die Personalkosten seien im Haushalt veranschlagt und belaufen sich für Roth auf 18.200,-- €, Oberweimar 13.700,-- € und Niederwalgern 29.200,-- €, also insgesamt 61.100,-- €.

Nach dem Konnexitätsgrundsatz- und -prinzip vertrete die Gemeinde die Auffassung, dass sie einen Anspruch auf Erstattung dieser Kosten habe. Aktuell sei aus den Medien zu entnehmen gewesen, dass der Minister eine weitere, neue Überlegung anstrebe, in der 2. Hälfte der Legislaturperiode die gesamte Förderung der Kindertagesstätten neu zu ordnen. Wie das aussehen werde, vermöge er derzeit nicht zu sagen.

Herr Laucht (FBW) ergänzte, dass die Unterlagen, die ihm zum Zeitpunkt der Fragestellung vorlagen, ergaben, dass der Stichtag der 01.09.2009 gewesen sei.

- b) Herr Laucht (FBW) erkundigte sich nach dem Vermarktungsstand der 3 Baugebiete.

Herr Bug antwortete, dass der zuständige Sachbearbeiter, der die entsprechende Antwort hätte geben können, derzeit im Urlaub sei. Er sagte zu, die Beantwortung der Anfrage schriftlich nachzureichen, ebenfalls auch zur Information an die anderen Fraktionen.

- c) Herr Laucht (FBW) erklärte, dass die Gemeindevertretung im Rahmen des Konjunkturprogramms die Sanierung des Kindergartens Niederwalgern, aber auch die energetische Sanierung des Bürgerhauses Niederweimar beschlossen habe. Da dieses Bürgerhaus auch als Sporthalle für die Grundschule Niederweimar diene, stelle sich für seine Fraktion die Fragen, ob es von Seiten der Gemeinde Bemühungen gegeben habe, den Landkreis als Schulträger an den Kosten zu beteiligen, wenn ja, mit welchem Ergebnis? Oder, wenn nein, warum nicht?

Herr Bug, I. Beigeordneter, erklärte, dass er Herrn Bürgermeister Muth auf die Fragestellung angesprochen habe. Die Beantwortung der Anfrage will Bürgermeister Muth schriftlich vornehmen, ebenfalls an die anderen Fraktionen zur Information.

- d) Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass solche Anfragen und die Antworten wichtige Informationen für die Bürgerinnen und Bürger seien. Es mache daher keinen Sinn, lediglich eine schriftliche Beantwortung zu verfassen, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich seien.

Es sollte dann zukünftig so verfahren werden, dass die schriftlichen Antworten im Parlament noch einmal verlesen werden.

Mündliche Anfragen:

1. Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigte sich, inwieweit der Gemeinde Informationen vorlägen, ob Google in der Gemeinde bereits Aufnahmen gemacht habe und welcher Kenntnisstand vorläge.

Es gehe ihr hier in erster Linie um Bürgerinnen und Bürger, die keinen Zugang zum Internet haben und sich nicht hierüber gegen eine Veröffentlichung ihres Anwesens aussprechen können. Ihre Bitte sei, dass die Gemeinde hier die Möglichkeit eines Sammeleinspruches, soweit möglich, wahrnehme bzw. dies für die Bürgerinnen und Bürger tun könne, die nicht möchten, dass ihr Haus dort dargestellt werde.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Hoß, erklärte, dass er auch bereits mit anderen Parlamentariern gesprochen habe und dass die Möglichkeit bestehe, sich im Internet ein Formular herunterzuladen, um Widerspruch einzulegen. Allerdings sehe er hier auch Probleme bei älteren Bürgern. Nach seiner Information sei es nicht möglich, Sammeleinspruch einzulegen, da es höchstpersönliches Recht eines jeden Einzelnen sei, Widerspruch einzulegen. Das wurde von Herrn Rabenau bestätigt.

Herr Potthoff (fraktionslos) erklärte, dass es aufgrund dieses Sachverhaltes Aufgabe der Verwaltung sein sollte, evtl. in Zusammenarbeit mit der Gemeindejugendpflege, die älteren Menschen zu unterstützen und in den Ortsteilen die Personen aufzusuchen und sie zu informieren.

Frau Schneider schlug vor, zunächst eine Informationskampagne zu starten, da sicherlich eine Menge Leute mit dem Begriff „Street-View“ nichts anfangen können. Mit Sammeleinspruch habe auch sie nicht gemeint, dass die Gemeinde einen Generalwiderspruch erhebe, sondern dass man den Bürgerinnen und Bürgern behilflich sein solle, auch Widersprüche entgegennehme, Formulare austeile usw.

Herr Stephan Wenz (SPD) ergänzte, dass nach seiner Kenntnis das Formular nicht personenbezogen sei, man könnte es sicherlich herunterladen, vervielfältigen und den Bürgern zustellen und auch informieren.

Herr Bug, I. Beigeordneter, dankte für die Anregung. Er werde die Meinungen und Informationen an den Gemeindevorstand weitergeben. Ob man schon in der Gemeinde Weimar gewesen sei, könne er derzeit nicht sagen.

2. Herr Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) fragte, ob er zu dem Thema „Bürgerbus“ aus den unter TOP 2 gemachten Mitteilung noch etwas sagen könne.

Herr Bug antwortete, dass sich die Situation insofern verändert und entspannt habe, dass die Hälfte der Gebühren für die Gesundheitsuntersuchung der Bürgerbusfahrer vom Landkreis entweder nicht in Rechnung gestellt oder erstattet werde. Des Weiteren gebe es jetzt ein neues Werbemobil, so dass die Kosten für die Anmietung eines Busses wegfielen und die Kosten daher überschaubar seien. Der Gemeindevorstand habe daher beschlossen, eine Testphase über ½ Jahr zum 01.09.2010 beginnen zu lassen.

3. Herr Happel (CDU) führte aus, dass er vor etwa 2 Monaten in der Presse gelesen habe, dass die Feuerwehr Niederweimar keinen Wehrführer habe. Habe sich diesbezüglich etwas geändert?

Herr Bug antwortete, dass die Situation derzeit in der Entwicklung sei. Der bisherige Wehrführer sei derzeit noch im Amt, und er hoffe, dass sich die Situation entspanne.

17. Verschiedenes

- a) Herr Stephan Wenz (SPD) knüpfte an die Aussagen von Herrn Ahrens bezüglich der Qualität der Vorlagen an. Es sei natürlich immer leicht, Anträge und Forderungen zu erheben. Er bat in diesem Zusammenhang, sich auch einmal an die eigene Nase zu fassen und sich an die Geschäftsordnung zu halten. Dazu gehöre auch, dass nach Abschluss des Tagesordnungspunktes mit der Beschlussfassung keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen sollten.

- b) Bekanntgabe von Terminen:

1. Ortsvorsteher Heuser von Niederwalgern habe gebeten, folgende Termine bekannt zu geben:

29.05.2010, ab 16:00 Uhr - Eröffnung der Ausstellung „Heimatbilder und andere“ von Heinrich Groß

09.06.2010, ab 18:00 Uhr Fotoausstellung in Niederwalgern

11.06.2010, 20:00 Uhr Eröffnungsfeier 775 Jahr Niederwalgern

12.06.2010, von 12:00 Uhr bis 18:00 Uhr Dorf- und Handwerkermarkt

12.06.2010, ab 20:00 Uhr Tanz und Unterhaltung

13.06.2010, 20:00 Uhr Festgottesdienst

13.06.2010, 11.00 bis 18:00 Uhr Dorf- und Handwerkermarkt

13.06.2010, ab 17:00 Uhr Musikalische Abschlussveranstaltung

25.06.2010, 20:00 Uhr Selbstbestimmtes Wohnen für Senioren

Herr Hoß erklärte, dass er diese Termine noch einmal per Mail allen zukommen lassen wolle.

09.05.2010, 18:00 Uhr Vorstellung der Chronik von Niederwalgern

04.07.2010 Bürgermeisterwahl

2. Die nächste reguläre Sitzungsrunde:

23.08.2010	Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport,
24.08.2010	Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss,
25.08.2010	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss,
02.09.2010	Gemeindevertretung

Die geplante Sondersitzung werde sicherlich im Juni stattfinden wegen des Ankündigungsbeschlusses bezüglich der Anhebung der Abwassergebühren.

3. Zur Erinnerung:

Vom 28. bis 30.05.2010 sei die Fahrt zur Partnergemeinde Slupca nach Polen vorgesehen.

Ende der Sitzung: 22:20 Uhr.

Der Vorsitzende:

Im Original unterschrieben

(Heijo Hoß)

Die Schriftführerin:

Im Original unterschrieben

(Rita Rohrbach)